

Stuttgart, 2. Februar 2010

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport  
Minister Helmut Rau persönlich  
Postfach 10 34 42  
70029 Stuttgart

## **Friedensfachleute in die Schulen Kooperationsvereinbarung mit Friedensorganisationen**

Sehr geehrter Herr Rau,

am 4. Dezember 2009 haben Sie mit Generalmajor Wessels eine Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und Bundeswehr unterzeichnet. Damit soll Jugendoffizieren der Bundeswehr die Gelegenheit gegeben werden, in Schulen sowie in der Referendarausbildung und der Lehrerfortbildung über sicherheitspolitische Themen zu referieren. Jeweils zum Schuljahresende erfolgt ein schriftlicher Bericht über die Umsetzung der Vereinbarung.

Wir lehnen eine solche Kooperationsvereinbarung aus folgenden Gründen grundsätzlich ab: Jugendoffiziere vermitteln und legitimieren eine Politik, der nicht nur wir, sondern auch große Teile der Bevölkerung kritisch gegenüberstehen. So spricht sich ein großer Teil der Bevölkerung gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr aus. Die Aufgabe der Jugendoffiziere besteht darin, Jugendliche von einer Politik zu überzeugen, die Krieg und Militär als Mittel der Politik einsetzt. Es ist kaum zu erwarten, dass Jugendoffiziere die Argumente derjenigen, die dieser Politik kritisch oder ablehnend gegenüberstehen vermitteln oder auch nur vermitteln könnten.

Es gehört zum Kern des Bildungsauftrages des Landes Baden-Württemberg, dass die Schülerinnen und Schüler in einer solch existenziellen Frage wie der nach Krieg und Frieden nicht nur die Anschauung derer kennen lernen, die in Uniform vor ihnen stehen!

Wenn es in Paragraph 1, Abs. 3 des Schulgesetzes heißt, die Schule habe "das verfassungsmäßige Recht der Eltern, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder mitzubestimmen, zu achten und die Verantwortung der übrigen Träger der Erziehung und Bildung zu berücksichtigen", so ist mit "übrige Träger der Erziehung und Bildung" nicht und schon gar nicht ausschließlich die Bundeswehr gemeint. Gerade in sicherheitspolitischen Fragen verläuft die politische Meinungs- und Willensbildung kontrovers.

**Wir fordern Sie daher auf, die Vereinbarung mit der Bundeswehr wieder aufzukündigen. Zumindest aber muss diese Vereinbarung ein Gegengewicht in Gestalt einer entsprechenden Übereinkunft mit den Friedensorganisationen bekommen.**

Die Friedensbewegung hat eine andere, alternative Auffassung von Friedenssicherung und Konfliktbewältigung. Sie hat Konzepte zur gewaltfreien Konfliktbewältigung und -lösung erarbeitet, die von einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung geteilt werden. Diese Positionen dürfen den Schülerinnen und Schülern sowie den Referendarinnen und Referendaren nicht vorenthalten werden.

In der heutigen globalisierten Welt haben die Schülerinnen und Schüler ein Anrecht auf umfassende und differenzierte Information, um sich selbst eine eigene Meinung bilden zu können. Auch den Eltern gegenüber haben Sie, Herr Minister, eine hohe Verantwortung. Diese erwarten in den Bildungseinrichtungen des Landes Baden-Württemberg eine ausgewogene, differenzierte und fachlich fundierte Wissensvermittlung.

**Daher fordern wir Sie auf:**

- Kündigen Sie die Vereinbarung mit der Bundeswehr wieder auf!
- Laden Sie baldmöglichst die Vertreter der Friedensorganisationen zu einem Gespräch über Möglichkeiten und Formen der Zusammenarbeit in Ihr Ministerium ein!
- Schließen Sie eine Kooperationsvereinbarung mit den Friedensorganisationen in Baden-Württemberg. Hier gibt es zahlreiche qualifizierte Fachleute, die zu friedenspolitischen Themen informieren können!

Mit freundlichen Grüßen im Namen der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Baden-Württemberg, Initiatorin des Briefes und nachfolgender Unterzeichner

Roland Blach  
Geschäftsführer DFG-VK Baden-  
Württemberg

Klaus Pfisterer, DFG-VK Landessprecher  
und GEW-Vertrauensmann, Hochdorf (bei  
Plochingen)

